



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/111

17. Mai 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Kolchospleiten in Südost	S. 1
McArthurs Horizont	S. 3
Unzulänglicher Remer	S. 4
Generals-Pensionen	S. 5
Umworbene Techniker	S. 7

Abgestoppte Kollektivierung

E. Die Entwicklung in den sowjetischen Vasallenstaaten verläuft in einer auffallenden Parallelität. Das gilt nicht nur für die Massnahmen, die in diesen Ländern getroffen werden - hier ist es nicht verwunderlich, denn sie sind von Moskau aus einheitlich gelenkt - sondern bezeichnenderweise auch für die Misserfolge, die sich aus diesen Massnahmen ergeben. Da sie nicht geplant sind, muss man ihr gleichmässiges Auftreten als Beweis dafür ansehen, dass sie mit diesen Massnahmen automatisch verbunden sind.

Diese Misserfolge treten aber nicht nur gleichmässig, sondern, was noch überraschender ist, auch gleichzeitig auf. Wie die Jahreszeiten gehen sie über die Länder hinweg. So wird jetzt zur selben Zeit aus Ungarn und aus der Tschechoslowakei der Stop der landwirtschaftlichen Kollektivierung gemeldet, und in beiden Ländern ist, ebenso gleichmässig, als Ursache das Versagen der landwirtschaftlichen Kolchose (Kollektivgüter) zu erkennen.

In Ungarn erklärte der Generalsekretär der kommunistischen Partei, Rakosi, auf dem Frühjahrs-Parteikongress, die Landwirtschaft sei zu einem "Bremsklotz der Entwicklung" geworden. In der Tschechoslowakei stellte der kommunistische Staatspräsident zur selben Zeit vor dem Zentralkomitee der Partei fest: "Die Landwirtschaft ist einer der schwächsten Punkte unserer Wirtschaft, sie

leidet unter einer ausserordentlich niedrigen Leistungsfähigkeit", und der Generalsekretär der Partei, Slansky, bezeichnete die Leistungen der Kolchoss als niedriger als die der immer noch vorhandenen Einzelbauern. Die Leiter der Genossenschaften seien ihrer Aufgabe nicht gewachsen, die Arbeitsmoral sei schlecht. Noch schärfer war die Verurteilung der Staatsgüter: ihre Verhältnisse seien "noch immer nicht konsolidiert", in ihrer Wirtschaft gebe es nichts als "Hemmnisse und Unrat", ihr Leistungsniveau sei niedrig, das Plansoll werde nicht erfüllt. Ähnlich lauten die Feststellungen der parteiamtlichen Bilanz in Ungarn.

Noch vor einem Jahr hatte man in beiden Ländern die landwirtschaftliche Enteignung und Zusammenlegung mit Gewalt vorangetrieben. In Prag hatte Gottwald damals den Befehl zu einer "raschen und kühnen" Kolchosbildung gegeben und in Budapest erklärte noch im Februar 1951 der Generalsekretär, man müsse die Kolchosbildung noch beschleunigen. Bald darauf brachte jedoch das Zentralorgan der ungarischen Kommunisten an unauffälliger Stelle auf der letzten Seite die Mitteilung, dass vom 10. März bis auf weiteres keine Genehmigung zur Gründung neuer Kolchos mehr erteilt wird. In Prag wurde der Kollektivierungsstop auf ähnlich verschämte Weise verkündet, indem der Generalsekretär vor dem Parteikomitee erklärte: "Wir werden keine Kampagne für die Gründung neuer Kolchos mehr führen; immer wieder muss gesagt werden, dass in diesen Dingen Eile nur schädlich ist".

In der Tat ist die Eile in diesen Dingen sowohl in Ungarn als auch in der Tschechoslowakei sehr schädlich gewesen. Seit dem Herbst hatte man in Ungarn 1.800 neue Kolchos gegründet und in der Tschechoslowakei war bis Ende 1950 die Kolchoswirtschaft in 3.279 Gemeinden eingeführt. Die Folge war in beiden Ländern ein katastrophaler Rückgang der Ernte. In der Tschechoslowakei betrug er bei Weizen 8, bei Roggen 12, bei Hafer 16 Prozent, in Ungarn war er teilweise noch grösser. Schliesslich musste nicht nur im Industriestaate Tschechoslowakei, sondern auch in dem alten Getreideausführlande Ungarn die Brotkarte wieder eingeführt werden. Die kommunistische Landwirtschaftspolitik hat damit in beiden Ländern ihre erste schwere Niederlage erlitten. Wie in Russland im Jahre 1922, ist man auch hier zu einer Periode der NEP-Politik, das heisst des Stopens, gezwungen.

Das grosse Verhör

f. Die kargen Auszüge, die von der Weltnachrichtenagenturen über das grosse Verhör der führenden amerikanischen Generale und Politiker verbreitet werden, geben ein völlig unzulängliches Bild von der ernststen und schwersten Auseinandersetzung, die den ganzen Westen mehr angeht, als er bisher gemeinhin zu begreifen scheint. Es ist ein beunruhigendes Zeichen, dass heute nur noch eine einzige Zeitung der ganzen Welt, die "New York Times", es sich leisten kann, den vollen Wortlaut der Verhöre zu veröffentlichen, wenigstens soweit sie von der militärischen Zensur zur Veröffentlichung freigegeben worden sind. Die Meinungsbildung bis in die Kreise der Parlamente und der Publizistik hinein erfolgt weitgehend aufgrund der blossen Auszüge. Es wäre sonst kaum erklärlich, dass es der Öffentlichkeit entgangen zu sein scheint, wie schwach fundiert und wie widerspruchsvoll die blendend vorgetragenen Argumente Mc Arthurs, wie überlegen, verantwortungsbewusst und logisch die Argumente des ruhigen und sachlichen Verteidigungsministers Marshall waren und wie überzeugend Generalstabschef Bradley McArthurs Theorie von einem Chinkrieg widerlegte.

Allen Ernstes hat Senator Taft Mc Arthur als einen neuen Apostel aus dem Osten bezeichnet, ohne sich allerdings darüber auszulassen, welcher Art das Evangelium sei, das er bringe. McArthur hat es klar bezeichnet: Krieg gegen China. Der General ist überzeugt, dass die Sowjetunion nicht eingreifen werde, weil sie im Fernen Osten zu schwach sei. Allerdings hat McArthur eine sehr bezeichnende Einschränkung gemacht, die in den Berichten stillschweigend übergangen wird, aber aussert aufschlussreich ist für die Taktik McArthurs: das sei seine private Ansicht, Beweise habe er nicht, da nur Washington mit seinen grösseren Informationsquellen darüber etwas wissen könne. Nun, Marshall, der direkten Zugang zu allen Informationen hat, über die Amerika überhaupt verfügt, teilt McArthurs gefährlichen Optimismus nicht. Er ist im Gegenteil überzeugt, dass die Sowjetunion eingreifen werde und dass sie dazu auch im Fernen Osten stark genug sei. Die Informationen über die sowjetische Stärke in Wladiwestok, Dairen und Port Arthur sprächen eine sehr deutliche Sprache.

Es hat McArthur weder während des zweiten Weltkrieges noch in

den Jahren danach jemals sonderlich interessiert, welche Folgen seine militärische und politische Strategie im Fernen Osten für Europa haben würden. Da sein Aufgabenbereich immer der Ferne Osten war, ist seine Haltung durchaus begreiflich. Sehr viel begreiflicher aber ist es, dass Washington sich weigert, sich ohne Zwang auf eine höchst fragwürdige Abenteuerpolitik in Asien einzulassen, die nicht nur nach Lage der Dinge nichts einbringen kann, sondern auch das nichtkommunistische Asien auf die Seite der Gegner Amerikas treiben und den Westen heil- und hoffnungslos zerspalten müsste.

+ + +

Keine Chance für Remer

(sp) Peter von Zahn hat in seinem jüngsten Rundfunk-Kommentar mit dem Kunstgriff einer fingierten Rückschau aus dem Jahre 1953 geistreich und deprimierend zugleich eine Entwicklung geschildert, wie sie sich aus dem Wahlerfolg der Dorls-Romerschen SRP in Niedersachsen ergeben könnte.

Er hat dieses farbige Bild mit den von ihm erfundenen Ereignissen bis zu einem alliierten Eingreifen und der endlichen Flucht der SRP-Akteure in die Ostzone durchkonstruiert. Die Darstellung war eindrucksvoll und mag manchen zu ernstem Nachdenken veranlasst haben, der geneigt war, über den Alarm in Niedersachsen allzu leicht hinwegzugehen.

Der Autor hat ständige Parallelen zu den Vorgängen vor 1933 und zwischen Remer und Hitler gezogen. Auch er ist der Meinung, dass die Popularität Remers die seines Parteichefs Dr. Dorls weit hinter sich gelassen hat, worin durchaus Keime eines inneren Vertrauensschwundes innerhalb der SRP-Führung liegen können. Aber Peter von Zahn ist in diesem Vergleich Remer-Hitler zu weit gegangen, er hat ihn auf eine falsche Ebene geführt.

Das Ergebnis der Politik des Toten bedrängt uns, sechs Jahre nach dem Ende des von ihm ausgelösten Krieges noch immer atemberaubend und lebenbedrohend. Des Lebenden Tätigkeit begann, als sie der Öffentlichkeit sichtbar wurde, mit einem Unternehmen höchst fragwürdiger Art und blieb in absoluter Mittelmässigkeit stecken. Wenn Herr Remer seinen Schallplattenschrank öffnet, ertönt immer und

ausschliesslich die Stimme eines seiner Herren, des lebenden Dorle oder des toten Hitlers. Über ein eigenes Repertoire verfügt er nicht. Das wird auf die Dauer nicht genügen. Hitler hatte die Chance eines Beginnens, dessen Ende damals Millionen in Deutschland und auch im Auslande nicht sahen. Remer, der sich an des Toten Schema klammert, hat wegen seiner absoluten Unzulänglichkeit nicht einmal die ernste Chance eines Beginnens - trotz Niedersachsen.

Hitler habe als Gefreiter begonnen, während Remer als Generalmajor startet, sagt Zahn. Die Antithese ist rein äusserlich und ohne jede innere Bedeutung. Leider aber kann sie bei geistig Minderbemittelten den Eindruck erwecken, als sei deshalb sogar Remers Chance grösser als es seinerzeit die Hitlers war und sie kann, suggestiv vorgetragen, die innere Bereitschaft vieler politisch unsicherer Menschen stärken, in Remer einen zweiten Hitler zu sehen. In Wirklichkeit war Hitler ein Genie des politischen Machtwillens mit vielen pathologischen und kriminellen Zusätzen. Remer ist nicht einmal ein Epigone. Immerhin, Gefahr ist vorhanden und sie darf nicht unterschätzt werden. Aber die junge deutsche Demokratie hat es ohne Zweifel in der Hand, das Feuer auszutreten und die Asche in alle Winde zu zerstreuen. Das aber muss rasch und gründlich geschehen.

+ + +

2.100 DM Pension für Rundstedt

Dr. Sch. Die Weimarer Republik hat sich ihren Todfeind, das "abgerüstete" kaiserliche Offizierskorps, aus Gutmütigkeit durch die Aufrechterhaltung der für den Friedensgebrauch vorgesehenen Militärpensionen gross gezogen. Das gestattete Generalen wie Ludendorff, den ganzen Lebensabend für die Züchtung der "Dolchstosslegende" und die Unterhöhlung der Republik zu verwenden und steckbrieflich verfolgte Hauptleuten wie Hermann Göring ihre Pension im Ausland in liebenswürdig transferierten Schillingen in Empfang zu nehmen.

Der zweite Weltkrieg, der im Gegensatz zum ersten beinahe der Hälfte aller Generale, über 500 von den etwa 1.200 Truppengeneralen der aufgerüsteten Hitlerarmee, das Leben kostete, hinterliess jedoch einen solchen finanziellen Scherbenhaufen, dass die Bundesrepublik die ehemaligen Berufssoldaten durch Artikel 131 des Grundgesetzes unter Ausnahmerecht stellen musste und ihnen durch das kürz-

17. Mai 1951.

Das beschlossene Ausführungsgesetz nur ein sehr beschränktes Ruhegehalt zubilligen konnte, das - mit Ausnahme bei den etwa 300 durch die "Reichswehr" gegangenen Generalen - grosse Erbitterung über die Benachteiligung gegenüber den "zivilen" Pensionsempfängern hervorgerufen hat.

Das Gesetz erfasst lediglich die vor dem 8. Mai 1935, das heisst, vor der Aufrüstungsperiode der Hitlerzeit eingestellten Berufsoffiziere mit mindestens 10 und Unteroffiziere mit 15 Dienstjahren. Ein Teil von ihnen erhält entsprechend dem Lebensalter lediglich "Übergangsgehalt". Die Mehrzahl bezieht lediglich bis 150 DM den vollen Betrag der Pension und nur mit 50 Jahren einen gewissen Prozentsatz als Rest. Das Gesetz hat also mit Ausnahme bei der "alten Generalität" grosse Enttäuschung darüber hervorgerufen, dass der Berufssoldat mit seinen Versorgungsansprüchen gegenüber dem zivilen Staatsdiener erheblich benachteiligt worden ist. Ein "Härteparagraph" fehlt, der "Klageweg" ist versperrt und die Unterbringung im öffentlichen Dienst steht meist auf dem Papier. Am härtesten wird die Benachteiligung der ehemaligen Unteroffiziere empfunden, deren Versorgungstichtag von 12 auf 18 Jahre hinaufgesetzt worden ist. Sie sind dadurch gegenüber ihren "zivilen" Kollegen bei Bahn und Post schwer zurückgesetzt worden.

Verhältnismässig schlecht schneiden die mittleren Offiziersjahrgänge, vor allem die sog. E-Offiziere ab, die in der Weizsackerzeit in einem anderen Beruf beschäftigt waren und lediglich zur "Aufrüstungszeit" wieder einberufen wurden. So erhält ein Weltkriegshauptmann nach 15-Dienstjahren etwa 250 DM im Monat, nach 20 Dienstjahren etwa 350 DM und ein Major nach 20 Dienstjahren rund 400 DM.

Dagegen bezieht ein durch die Reichswehr gegangener Generalleutnant mit etwa 50 Lebensjahren rund 600, ein Kommandierender General von etwa 65 Lebensjahren sogar bis zu 1.300 DM und der "Senior" der deutschen Generalität, Ex-Marschall Rundstedt, mit "Zulagen" etwa 2.100 DM! "General" Remer allerdings, über dessen Pensionsberechtigung noch eine Gesetzesnovelle oder ein Abschnitt im kommenden Ausführungsgesetz entscheiden wird, erhält, da er nicht wegen "Tapferkeit vor dem Feinde", sondern wegen Feigheit vor Dr. Goebbels zum General befördert wurde, lediglich etwa 450 DM. Er war am 20. Juli 1944 am Tage des schamlosen Verrats an seinen Offiziers-Kameraden ja nur Major und dürfte etwa das "Pensionsdienstalter" eines Oberst-

leutnants besitzen.

Leider bestehen bis jetzt noch keine gesetzlichen Handhaben, um den militärischen Totengräbern der Weimarer Republik die Pension streitig zu machen, so den Herrn Dr. Meissner, v. Papen und Oberst von Hindenburg sowie den Saboteuren der Widerstandsbewegung gegen Hitler, Oberst Herbers, der die Stauffenberg-Gruppe am 20. Juli 44 niederschlug, dem General Maisel, der mit der Beihilfe am Tod Marschall Rommels letzte Friedensfäden zerriss, dem Generalrichter Huppenkothen, der Admiral Canaris an Galgen zu bringen half und Generalrichter Roeder, der mit 59 Todesurteilen in einem einzigen Verfahren einen Rekord des "Dritten Reiches" schlug. Aber damit wird sich voraussichtlich in Kürze der Bundestag noch befassen.

+ + +

Ungeworbene Techniker

(sp) Die ununterbrochene Abwanderung von Künstlern, Wissenschaftlern und Technikern hat jetzt das SED-Politbüro zum drittenmal seit 1945 veranlasst, Massnahmen "zur Verbesserung der materiellen Lage der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben" anzukündigen. Den unmittelbaren Anlass dazu bot die kürzliche Flucht des einzigen Stahlexperten der Sowjetzone, Prof. Sedlacek. Die Abwanderung der technischen Intelligenz macht sich umso stärker bemerkbar, als die ständig zunehmende Rohstoffknappheit, vor allem in Stahl, Eisen und Kohle zur Verwendung neuer Produktionsmittel und neuer Ersatzstoffe zwingt, deren Entwicklung von qualifizierten Technikern und Chemikern bestimmt wird. Durch die Abwanderung der Fachleute nach dem Westen ist die Erfüllung des Fünfjahresplanes mehr als in Frage gestellt.

Das Politbüro entdeckt nun seine Verpflichtung, sich um die "Wünsche und Sorgen" der technischen Intelligenz zu bemühen. Die BGL und die Werksleitungen hätten sich in unzureichendem Masse um das Wohlergehen, die Beschaffung von Wohnungen und die Altersversorgung dieses Personenkreises gekümmert. Man scheut sich auch nicht, lang praktizierte Grundsätze zu verdammern. Während die Zulassung zum Studium bisher vom Grad der prokommunistischen Aktivität abhängig gemacht wurde, kritisiert man jetzt, dass der technischen Intelligenz zu wenig Möglichkeit gegeben worden sei, die Kinder studieren zu lassen. In Zukunft solle vor allem der Abschluss von Einzelverträgen gefördert werden, was mit anderen Worten bedeutet, dass Gehaltsforderungen nicht mehr nach Kollektivverträgen auszurichten sind. Ferner werden unentbehrliche Techniker von der "Brigadearbeit" durch die Zusicherung entbunden, in Zukunft von den "unzulässigerweise mit den Einzelverträgen verknüpften Sonderverpflichtungen zur gesellschaftlichen Arbeit" abzusehen.

Die Urheber dieser neuen Massnahmen wollen mit materiellen Zugeständnissen eine Erscheinung ausmerzen, deren Wurzeln im Geistigen liegen. Auch diese neue Behandlung kann den Ungeworbenen nicht die Erkenntnis nehmen, dass sie letztlich für die Sowjetrüstung, also für die Verlängerung der Sklaverei von 18 Millionen Sowjetzonenmenschen arbeiten. An dieser Erkenntnis wird auch der dritte Versuch der Sowjets scheitern, sich die deutsche Intelligenz willfährig zu machen.